SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

'Blühende Landschaften' oder entvölkerte Landkreise? Die neuen Bundesländer zwischen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen

Heydemann, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Heydemann, G. (2009). 'Blühende Landschaften' oder entvölkerte Landkreise? Die neuen Bundesländer zwischen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen. *Totalitarismus und Demokratie*, *6*(1), 87-100. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311563

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

„Blühende Landschaften“ oder entvölkerte Landkreise? Die neuen Bundesländer zwischen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen

Günther Heydemann

Prof. Dr. G. Heydemann, o. Prof. an der Universität Leipzig (Anschrift: Historisches Seminar, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig); geb. 1950, Studium der Geschichte, Germanistik, Sozialkunde u. Italianistik in Erlangen, Bonn, Pisa und Florenz. Promotion 1979 zum Dr. phil. in Erlangen (Ernst-Richert-Preis 1980 für DDR- und vergleichende Deutschlandforschung). 1980–1992 Wiss. Assistent u. Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen und Bayreuth sowie am Deutschen Historischen Institut London und am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Habilitation 1991 in Bayreuth (Wolf-Erich-Kellner-Preis 1992 der Friedrich-Naumann-Stiftung). Seit 1993 Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig. Gastprofessuren und -dozenturen an den Universitäten Viterbo, Rom III, LUISS (Rom), Neapel, Athens (Ohio)/USA, Cagliari und Moskau.

Abstract

During the past 20 years, no other European country has shown as strong regional demographic and economic disparities as Germany. However, whereas in the new federal states there has happened a fundamental change of population and economy since 1990, the demographic change of the structure of the entire German population reaches farther back. Already since 1970 the German population number as a whole is on the decline, i. e. since 1970 the German population is “shrinking”. Since the reunification this development has had its effect particularly in the new federal states because since then there has developed a division into booming and declining regions all over Germany. This is most of all caused by the emigration of young, particularly female workforce to West Germany, which meanwhile has contributed not only to a successive “emptying of East Germany” but also to an increase in the percentage of elderly people there. On the medium and the long run this trend can only be stopped or reversed if more jobs are created in the new federal states – given the international financial crisis, this is an economy- and social-political task for reunited Germany which is only diffult to solve.

Wäre ein Satellit in der Lage, die Wanderungsströme von Menschen aufzuzeichnen und im Zeitraffer wiederzugeben, so würde das vereinte Deutschland in der Mitte Europas sofort auffallen.[1] In der Tat weist kein anderes europäisches Land

1 Vgl. Steffen Kröhnert/Iris Hoßmann/Reiner Klingholz, Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern, München 2008, S. 156–171 („Deutschland. Vorreiter in Sachen demografischer Wandel“), hier 157.

Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009), 87–100, ISSN 1612–9008
© Vandenhoeck & Ruprecht GmbH und Co. KG, Göttingen 2009

in den letzten zwanzig Jahren „großflächig so starke regionale demographische und wirtschaftliche Verwerfungen auf wie Deutschland."

Aber auch die Mikroperspektive ergibt ein ähnliches Bild, insbesondere, wenn der Focus auf einige Städte in den neuen Bundesländern gerichtet wird: Seit der Wiedervereinigung hat z. B. Dessau, das noch zu DDR-Zeiten über 100 000 Einwohner zählte, mehr als 23 000 Bürger verloren. Allein zwischen 2000 und 2004 haben Stadt und Region 6,4 Prozent der Bevölkerung eingebüßt. Noch in den 1920er Jahren eine aufstrebende Stadt mit hoch entwickelter Industrie (Chemie; Flugzeugbau) und weltweit führend in Architektur und Design, gelten Stadt und Region inzwischen als Negativ-Beispiele für den massiven demographisch-ökonomischen Wandel, der sich seit der „Wende" in Ostdeutschland vollzogen hat.[2]

Doch die drittgrößte Stadt Sachsen-Anhalts und ihre z. T. desaströse Entwicklung stellt noch nicht einmal das schlimmste Beispiel jüngster, ostdeutscher Stadtgeschichte dar. Noch stärker als Dessau wurde das sächsische Weißwasser vom fundamentalen sozioökonomischen Wandel betroffen, der nach 1990 erfolgte. Zählte der ehemalige industrielle Vorzeigestandort der DDR im Jahre 1987 noch mehr als 37 000 Einwohner, so wies die ostsächsische Stadt 2003 nur noch 23 000 Menschen auf. Ist dieser Aderlass schon rein quantitativ kaum mehr kommunalpolitisch verkraftbar, so schlägt weiter erschwerend zu Buch, dass es in soziologischer und demographischer Hinsicht vor allem die jüngeren Personengruppen sind, welche die Stadt inzwischen zu Tausenden verlassen haben und weiter verlassen. Jährlich verliert Weißwasser rund vier Prozent seiner Einwohner, wobei diese hohe Durchschnittszahl zu vier Fünftel durch Abwanderung bedingt ist.[3]

Eine Folge ist die sukzessive Überalterung der Stadt, so dass immer mehr Rentner in ihr leben; ebenso bleibt aber auch eine hohe Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zurück. Daher hat man im Verwaltungsdeutsch den Begriff „A-Gruppe" eingeführt, nämlich für „Arbeitslose, Arme und Ausländer".[4] Inzwischen hat der Abriss von mehr als 4 000 Wohnungen in Plattenbausiedlungen begonnen und soll bis 2010 fortgeführt werden, weil sie z. T. schon seit Jahren leer stehen.[5] Doch die hohe Abwanderung zeitigt auch in technisch-infrastruktureller Hinsicht ganz unvorhergesehene, bislang unbekannte Folgen: Durch den geringeren Anfall von Abwasser z. B. aufgrund der schrumpfenden Einwohnerzahl verringert(e) sich auch dessen Abflussgeschwindigkeit in den Röhren, was wiederum zu Ablagerungen im bestehenden Leitungssystem und Verstopfungen führt, die kostenaufwändig beseitigt werden müssen. Wird die

2 Vgl. ebd., S. 156.
3 Matthias Bernt/Andreas Peter, Bevölkerungsrückgang und Alterung als maßgebliche Entwicklungsdeterminanten: der Fall Weißwasser. In: Raumforschung und Raumordnung, 3 (2005), S. 216–222, 217 f. Vgl. dazu auch Ulrike Biehounek, Schrumpfen statt sterben. In: Bild der Wissenschaft, 8 (2006), S. 72–76.
4 Biehounek, ebd., S. 76.
5 Vgl. ebd., S. 74.

einstige Energiehochburg wieder zum Heidedorf?[6] Diese (Rück-)Entwicklung ist nicht völlig ausgeschlossen. In anderen, ehemaligen Industriezentren des Arbeiter- und Bauernstaates, die zu DDR-Zeiten mit hohem Aufwand zu solchen ausgebaut wurden, wie Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, Wolfen, aber auch in Guben und Wittenberge ist die Situation kaum anders. Doch nicht nur dort. Bis 2020 werden den Prognosen zufolge zahlreiche ostdeutsche Landkreise gegenüber 1990 über die Hälfte ihrer Einwohner verloren haben.[7]

Was sind die Ursachen für diesen dramatischen demographischen und sozioökonomischen Wandel in den neuen Bundesländern, von dem nicht nur die Kommunen, sondern vor allem auch ländliche Regionen betroffen sind? Sind hier seit dem „annus mirabilis“ 1989 neue Ungleichheiten entstanden? Wie zumeist liegt dem ein ganzes Bündel von Faktoren zugrunde, die keineswegs nur auf den seit der Wiedervereinigung einsetzenden Transformationsprozess zurückgeführt werden können.

In der Tat hat sich die Bevölkerung in West- und Ostdeutschland schon seit dem Kriegsende 1945 unterschiedlich entwickelt.[8] Insgesamt waren es im Jahr 1949 68 Millionen Menschen, welche in den beiden neu gegründeten, deutschen Staaten lebten, davon 19 Millionen in der DDR. Schon bei der Zuwanderung von Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches mit rund 12 Millionen hatte die junge Bundesrepublik stärker profitieren können als die DDR.[9] Der nachkriegsbedingte Baby-Boom bis Mitte der 1960er Jahre mit einer hohen Fertilitätsrate über 2,1 Kinder pro (Durchschnitts-)Frau, die für eine stabil bleibende Bevölkerungszahl entscheidend ist, brach jedoch ab 1964 ein, sodass „bereits ab 1970 der Schwellenwert für eine stationäre Bevölkerung, das Bestandserhaltungsniveau, unterschritten wurde. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erreichte damit als eine der ersten Staaten weltweit das Stadium des Zweiten Demographischen Übergangs. Ab 1975 pendelte sich die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 1,4 ein.“[10] Weil inzwischen jede Müttergeneration etwa um ein Drittel kleiner ist als die vorherige, d. h. seit ca. 30 Jahren 100 Frauen nur noch 60–70 Töchter bekommen, sind die Bedingungen für einen „exponentiellen Schrumpfungsprozess der Bevölkerung“ erreicht.[11]

---

6 Ebd., S. 72.
7 Vgl. Kröhnert/Hoßmann/Klingholz, Die demografische Zukunft von Europa, S. 157.
8 Zur deutsch-deutschen Bevölkerungsentwicklung in den 1950er und 1960er Jahren siehe jüngst auch Jörg Roesler, Das Zusammenspiel von innerdeutscher und transnationaler Migration nach Deutschland. Von der Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. In: DA, 41 (2008) 3, S. 447–455.
9 Vgl. ebd., S. 161, da sich acht Millionen der Vertriebenen in der Bundesrepublik und vier Millionen in der DDR niederließen.
10 So Hansjörg Bucher, Raumordnungsprozesse und demographischer Wandel. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 32 (2007) 1–2, S. 123–136, hier 126.
11 Vgl. ebd.

Der seither einsetzende demographische Rückgang der westdeutschen Bevölkerung ist jedoch auch deshalb von der Politik übersehen worden, weil die Einwohnerzahl in der alten Bundesrepublik trotzdem zunächst nicht ab-, sondern zunahm. So ist es insbesondere auf drei Gründe zurückzuführen, dass heute fast zehn Prozent mehr Menschen in den alten Bundesländern leben als 1970. Dies war zunächst bedingt durch eine günstige innere Zusammensetzung der Bevölkerung, sodann durch eine steigende Lebenserwartung und schließlich durch den Umstand, dass die Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg faktisch ein Einwanderungsland war. Erst „seit 2003 sind die Wanderungsgewinne nicht mehr hoch genug, um die Sterbeüberschüsse ausgleichen zu können."[12] Anders verlief die Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Auch nach dem Auslaufen der Immigration der Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten bis in die 1950er Jahre hinein hielt die innerdeutsche Ost-West-Wanderung weiter an. Bis zum Mauerbau verließen 2,6 Millionen Menschen die DDR. Um den bereits eingetretenen demographischen Schwund zu kompensieren, entwickelte die SED zwar ein breites sozialpolitisches Programm, allerdings mit wenig Erfolg: „Obwohl in der DDR in fast jedem Jahr mehr Personen geboren wurden als verstarben und das Land insgesamt einen Geburtenüberschuss erzielte, hatte es zum Fall der Mauer etwas weniger Einwohner als bei deren Bau. [...] Der Rückgang der Bevölkerung in Ostdeutschland ist somit ein Prozess, der seit über einem halben Jahrhundert andauert. Die DDR war das einzige Land der Welt, das in diesem Zeitraum durchgängige Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatte."[13] Diese sollten sich bald nach dem Fall der Berliner Mauer noch einmal dramatisch steigern, als die Geburtenrate unmittelbar nach der Friedlichen Revolution in der DDR von 1,3 Prozent im Jahr 1990 auf 0,77 Prozent absank.[14]

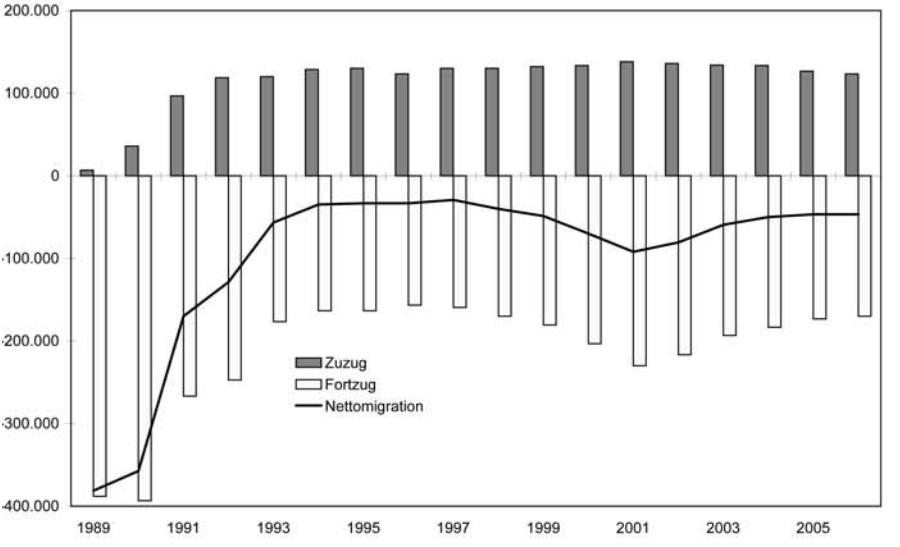
Seit 1990 beträgt der ostdeutsche Nettoverlust der dort bisher ansässigen Bevölkerung bis zum Jahre 2006 insgesamt 1,74 Millionen Menschen; im Schnitt haben jährlich ca. 50 000 Bürger die neuen Bundesländer verlassen.

Während die dortige Abwanderung der Bevölkerung „die Schrumpfung insgesamt verstärkte, trug sie in Westdeutschland zum Wachstum der Bevölkerung bei."[15] Auch der Zuzug von Westdeutschen nach Ostdeutschland während dieses Zeitraums hat den eingetretenen Bevölkerungsschwund nicht ausgleichen können.[16]

Immerhin, so die jüngste gesamtdeutsche Entwicklung, ist die Zahl der Neugeborenen erstmals seit 1997 wieder gestiegen. Gegenüber 2006 wurden im Jahr 2007 12 141 Kinder geboren, ein Anstieg um 1,8 Prozent. Dadurch erhöhte

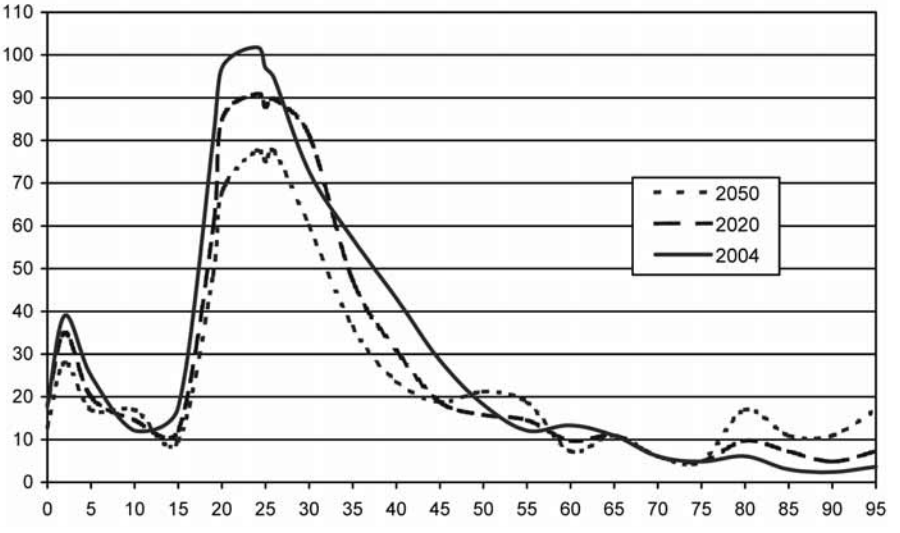
12 Vgl. ebd., S. 126 f.
13 Vgl. Kröhnert/Hoßmann/Klingholz, Die demografische Zukunft von Europa, S. 161.
14 Vgl. Thorsten Erdmann, Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung. In: DA, 38 (2005) 3, S. 402–409, hier 406.
15 So Ralf Mai, Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung, 5 (2006), S. 355–369, hier 355.
16 Vgl. die Angaben bei Alexander Kubis/Lutz Schneider, im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen. In: Wirtschaft im Wandel, 14 (2008) 4, S. 128–131, hier 128.

Diagramm 1: Zu- und Fortzüge sowie Nettomigration nach Ostdeutschland 1989 bis 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ostdeutschland vor 1991 ohne Berlin (West), Nettomigration = Zuzug – Fortzug (nur Binnenmigratrion)

Diagramm 2: Alterungsspezifisches Wanderungsvolumen in Gegenwart und Zukunft



Wanderungen (in 1000) über Kreisgrenzen unter Annahme konstanter Wanderungsraten. Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung der Wanderungsstatistik 2004

sich auch die bundesdeutsche Geburtenrate leicht von 1,33 auf 1,37 Kinder pro (Durchschnitts-)Frau. Gleichwohl sank die Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern im Jahre 2007 erneut um rund 107 000 Menschen.[17]

Da die innerdeutsche Migration von Ost- nach Westdeutschland jedoch nicht gleichmäßig über alle Alterskohorten erfolgt(e), sondern vor allem von den sog. „Berufs- und Bildungswanderern" im Alter zwischen 18 und 30 Jahren getragen wird, ist der Bevölkerungsverlust in den neuen Bundesländern um so gravierender, zumal gerade jene Generation ihrer Heimat den Rücken kehrt, welche die größte Fertilität aufweist.

So geht die negative Wanderungsbilanz Ostdeutschlands seit 1991 zu 54 Prozent auf die Verluste gerade dieser Generation zurück.[18] Weil es in dieser jungen Alterskohorte aber wiederum vor allem junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren sind, die stärker als Männer im gleichen Alter die neuen Bundesländer verlassen,[19] stellen sie „als potentielle Mütter eine besonders kritische Gruppe im Hinblick auf die langfristige demographische Entwicklung einer Region" dar.[20] So sind in absoluten Zahlen in geschlechtsspezifischer Hinsicht zwischen 1991 und 2004 aus den neuen Bundesländern rund 364 000 Männer abgewandert, im gleichen Zeitraum jedoch 536 000 Frauen.[21]

Insgesamt hat die Ost-West-Binnenmigration somit nicht nur zu einer Schrumpfung, sondern auch zu einer Alterung der Bevölkerung und damit auch des Erwerbspotentials in den neuen Bundesländern geführt. Entsprechend ist der Altersdurchschnitt der dort lebenden Menschen von 38,6 Jahre im Stichjahr 1991 auf 42,6 Jahre im Jahr 2002 angestiegen.[22] Von der Abwanderung besonders junger Ostdeutscher, die eine klare Präferenz für die alten Bundesländer aufwiesen, profitierten diese „mit einem Anteil von 84 Prozent weit überproportional an den Wanderungsgewinnen" innerhalb Gesamtdeutschlands.[23]

---

17 Vgl. Mehr Kinder – aber trotzdem weniger Deutsche. In: FAZ vom 27. 6. 2008, S. 9.

18 Vgl. ebd.Kubis/Schneider, im Fokus, S. 129.

19 Gründe hierfür sind u. a., dass viele junge Frauen bereits nach der Schulausbildung, junge Männer hingegen erst nach der Berufsausbildung ihre Regionen verlassen; hinzu kommt, dass für junge weibliche Erwerbstätige eine höhere Migrationsbereitschaft aufgrund der schlechteren Lehrstellensituation besteht; vgl. Günter Herfert, Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ? In: Raumforschung und Raumordnung, 5 (2007), S. 435–455, hier 449.

20 Vgl. Aexander Kubis/Lutz Schneider, „Sag mir, wo die Mädchen sind ..." Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen. In: Wirtschaft im Wandel, 13 (2007) 8, S. 298–307; Zitat S. 298.

21 Siehe Mai, Die altersselektive Abwanderung, S. 360. Die Abwanderung aus ostdeutschen Regionen lief dabei nach Mai in drei Phasen ab: 1991–1993, 1994–1997 und 1998–2001. Insgesamt setzt sie sich, wenn auch vermindert, weiter fort; vgl. ebd., S. 364 f.

22 Vgl. Joachim Ragnitz/Lutz Schneider, Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen. In: Wirtschaft im Wandel, 6 (2007), S. 195–202, hier 195. Entsprechend wird auch „die Größe der Altersgruppen der 15–20 Jährigen und der 20–40 Jährigen bis 2020 mit -46 % bzw. -28 % dramatisch abnehmen", ebd.

23 So Bucher, Raumordnungsprozesse, S. 128.

Auch wenn sich diese jüngsten demographischen Entwicklungsprozesse auf die Regionen Gesamtdeutschlands sehr unterschiedlich auswirken, so haben sich grundsätzlich zwei Entwicklungen vollzogen: einerseits eine großräumige Migration von den neuen in die alten Bundesländer seit 1990. Andererseits bildeten sich in Ostdeutschland seither kleinräumige siedlungsstrukturelle Gefälle zwischen den Kernstädten und ihrem Umland heraus.[24]

Kurz zum historischen Kontext: Schon bald nach 1990 wies das wieder vereinte Deutschland eine Zweiteilung in Boom- und Schwundregionen auf – und zwar in demographischer wie in sozioökonomischer Hinsicht. Und das hat sich bis heute nicht verändert, sondern eher noch verstärkt: So zählen die neuen Bundesländer im gesamtdeutsch-regionalen Vergleich fast ausnahmslos zu den Schwundregionen, da vor allem die wirtschaftsstarken Gebiete im Süden und Südwesten Deutschlands, in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch im Norden und Nordwesten, in Hamburg, im westlichen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, einen kontinuierlichen Zuzug junger Menschen, vornehmlich aus Ostdeutschland, erfahren und dadurch in jeder Hinsicht profitieren. Für die neuen Bundesländer wiederum bedeutet das im Gegensatz dazu nicht nur eine schrumpfende Fertilität, verbunden mit sukzessiver Überalterung der dort verbleibenden Menschen, sondern Kommunen und Gemeinden werden dort auch zunehmend mit einer reduzierten Steuerleistung und nachlassender Kaufkraft zu kämpfen haben – z. T. ist das jetzt schon der Fall. Hält dieser Trend an, wobei der Alterungseffekt hinzukommt, wird die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Jahre 2020 nur noch bei 14,5 Millionen liegen statt bei 15,1 Millionen wie gegenwärtig. Das bedeutet gleichzeitig, dass sich die Abhängigkeit Ostdeutschlands von finanziellen Transferleistungen aus Westdeutschland nicht vermindert, wobei offen bleibt, was nach dem Ende von Solidarpakt II im Jahre 2019 sein wird. Nach wie vor hängen davon rund 850 000 Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern ab.

Im gleichen Zeitraum haben sich in den neuen Bundesländern, bedingt durch die Abwanderung von Bevölkerungsteilen in den Westen, „zwei polarisierte Raumtypen“ herausgebildet, nämlich „die Wachstumsinseln Berlin/Potsdam, Dresden, Leipzig und die thüringische Städtereihe mit Jena, Weimar und Erfurt einerseits und großflächige Regionen mit stark schrumpfender Bevölkerung andererseits.“[25]

Trotz einer leicht abgeschwächten Abwanderung in den Jahren 2003–2005 blieben diese regionalen Raummuster bestehen, d. h. die bereits genannte Auseinanderentwicklung hat sich weiter stabilisiert.[26] Im Rahmen dieser sich fortsetzenden Polarisierung unterscheidet die sozio-demographische Raumforschung in den neuen Bundesländern zwischen drei geographisch-demographischen Grundmustern:

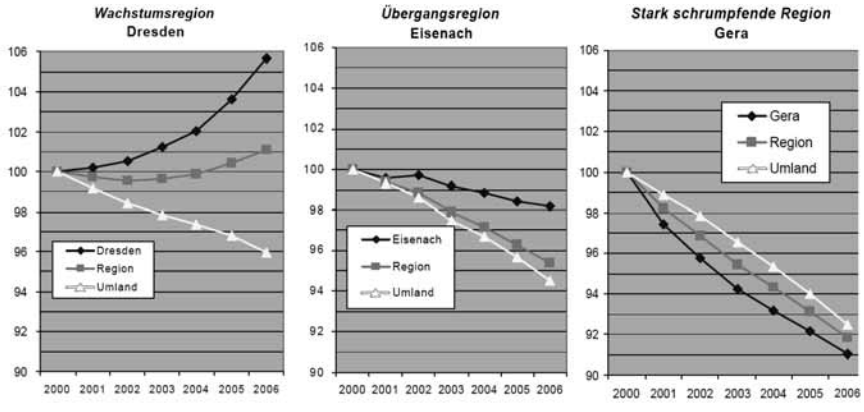
---

24 Vgl. ebd., S. 129.
25 So Herfert, Regionale Polarisierung, S. 441.
26 Vgl. ebd., S. 443.

- *Wachstumsräume*, in denen Kernstädte[27] mit Wanderungsgewinnen dominieren, im Umland nach dem Auslaufen der Suburbanisierungswelle jedoch zunehmend Sterbefallüberschüsse zu registrieren sind;
- *Übergangsräume*, hier dominiert in den Kernstädten (Greifswald, Stralsund, Chemnitz, Zwickau, Magdeburg, Halle) infolge zurückgehender Wanderungsverluste ein Sterbefallüberschuss, während in den peripheren Räumen Wanderungsverluste dominant bleiben;[28]
- *stark schrumpfende Räume*, in welchen sowohl hohe Wanderungsverluste, etwa in den Kernstädten (Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Dessau, Gera, Cottbus), als auch im peripheren Raum zu verzeichnen sind.

Obwohl die Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen ist, hat sich in der Raumforschung gegenwärtig folgender Forschungsstand herauskristallisiert: Vor dem Hintergrund massiver Wanderungsverluste aus den neuen Bundesländern wird davon ausgegangen, „dass Reurbanisierungsprozesse in Ostdeutschland aktuell nur in den Wachstumsinseln stattfinden werden."[29] Dieser Reurbanisierungsprozess wird vornehmlich von sehr mobilen, jungen Altersgruppen

Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen und Gemeindegrößengruppen 2000–2005 (Index 2000 = 100)



Quelle: Statistische Landesämter

27 Selbst ostdeutschen Städten gelingt es inzwischen, in die Top Ten europäischer Städte vorzustoßen, wie das Beispiel Leipzig zeigt, obwohl die Arbeitslosigkeit dort nach wie vor doppelt so hoch ist, wie in westdeutschen Städten; so gelang es der Messestadt, im Rahmen einer europaweiten Untersuchung von 31 Städten Platz 5 einzunehmen; vgl. Urban Audit Perception Survey – local perceptions of life in 31 European cities, (2008), www.urbanaudit.org.

28 Vgl. ebd.

29 Ebd., S. 445.

getragen, das bedeutet vorwiegend von Singles und kinderlosen Partnerschaften, während Familien eher eine untergeordnete Rolle spielen.[30]

Im Unterschied dazu bleibt in den stark schrumpfenden Räumen hingegen eine demographische Entwicklung des „kollektiven Abgleitens“ in allen Gemeindegrößengruppen erhalten. Hier ist kaum eine Abschwächung der Abwanderung zu konstatieren; erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil der jungen, zwischen 19 und 35 Jahre alten Menschen daran in einigen Randgebieten zwischen 70 und 80 Prozent beträgt.[31] Besonders hoch bleibt der Wanderungsverlust in den bereits genannten Städten wie z. B. Weißwasser, Hoyerswerda, Wolfen, Guben und Wittenberge, die vom ökonomischen Transformationsprozess besonders stark betroffen wurden. Hier verlassen „neben den jungen Mobilen auch Familien mittlerer und höherer Altersgruppen die Stadt.“[32] In den Übergangsräumen schließlich ist die demographische Schrumpfung zwar reduziert, bleibt aber problematisch.[33] Ihre weitere Bevölkerungsentwicklung hängt von ihrer Lage zu Wachstumsinseln, auch und nicht zuletzt zu westdeutschen ab, etwa Hamburg, Lübeck oder Hannover.

Kommen wir noch einmal zur Ausgangsfrage zurück: „‚Blühende Landschaften‘ oder entvölkerte Landkreise?“ – so kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass es in den neuen Bundesländern aufgrund der dargelegten Wachstums- und Schrumpfungsprozesse zu beidem gekommen ist. In der Tat konnte der bisherige sozioökonomische Transformationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bislang nur in einigen Wachstumsinseln und dem dazu gehörigen Umland, aber nicht flächendeckend, Erfolge zeitigen. Die enorme staatliche und privatwirtschaftliche Wirtschafts- und Infrastrukturförderung in Ostdeutschland hat zwar beträchtliche Erfolge aufzuweisen,[34] die nicht leichtfertig unterschätzt werden sollten, in der Fläche ist sie aber bisher gescheitert. Strukturschwache, bevölkerungsarme und zugleich überalterte Regionen auf dem Lande und an der Peripherie werden einigen ökonomisch starken Regionen in Ostdeutschland gegenüberstehen, die zukünftig die Funktion von „Wachstumskernen“ ausüben (sollen). Tatsächlich gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen konnten im vereinten Deutschland bislang noch nicht realisiert werden, trotz massiver Finanz- und Investitionsleistungen seit fast zwei Jahrzehnten, besonders von West- nach Ostdeutschland.[35] Daraus resultieren die eigentlichen

30 Vgl. ebd., S. 446.
31 Vgl. ebd., S. 448.
32 Ebd., S. 449.
33 Vgl. ebd.
34 Schon seit Längerem gibt es daher eine Diskussion über die „Fehlfinanzierung Ost“; vgl. jüngst Manfred Schweres, Fehlfinanzierung Aufbau Ost. Für eine offene Diskussion der Abgrenzung von Förderregionen in der Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik. In: DA, 41 (2008) 3, S. 408–415.
35 Das schlägt sich auch im Bruttoinlandsprodukt zwischen den alten und neuen Bundesländern nieder; selbst im wirtschaftlich stärksten der neuen Bundesländer, in Sachsen, beträgt dessen Durchschnittswert nur 78 Prozent des Bundesdurchschnitts. Vgl. Freiberg wächst am stärksten. In: Leipziger Volkszeitung vom 9. 7. 2008, S. 6.

Ursachen für den bisher nicht gestoppten innerdeutschen Migrationsprozess von Ost nach West, der fast ausschließlich in den neuen Bundesländern negativ zur Auswirkung kommt und dort in demographischer Hinsicht bereits eine Situation „30 Jahre nach 12“ geschaffen hat.

Was sind die eigentlichen Ursachen für die in demographischer wie in sozioökonomischer Hinsicht nach wie vor problematische Entwicklung in den neuen Bundesländern? Zuallererst sind es die noch immer nachwirkenden Folgen der von der SED geschaffenen zentralen Planverwaltungswirtschaft und ihrer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von den politischen und wirtschaftlichen Eliten der alten Bundesrepublik offenkundig unterschätzt, wie andererseits die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Marktwirtschaft überschätzt worden ist.[36] Schlagwortartig zusammengefasst gehören dazu vor allem folgende Faktoren: der weiter bestehende Mangel an Arbeitsplätzen – nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern im Schnitt doppelt so hoch wie in den alten; der teilweise noch immer bestehende Produktivitätsrückstand, der auch auf eine zu geringe Forschungsintensität und mittelständische Kapitalknappheit zurückgeht; der zu langsam wachsende Industrieanteil der Wirtschaft; die Kleinteiligkeit der Produktionsstätten, sowie fehlende Konzernzentralen.[37] Diese Probleme haben sich nach der Transition der zentralen Planverwaltungswirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft teilweise verschärft oder konnten auf makro- und mikroökonomischer Ebene bisher nur partiell gelöst werden.

Solche Feststellungen behalten grundsätzlich an Gewicht, obwohl sich in den neuen Bundesländern bereits auf volks- wie betriebswirtschaftlicher Ebene ein umfassender Modernisierungsprozess vollzogen hat: Denn bereits nach der Jahrtausendwende befand sich die Wirtschaft in Ostdeutschland auf dem Weg zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Schon 2004 war der Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) von 9,0 Prozent (1989) auf 3,3 Prozent (2004) gesunken, und der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) von 45,9 Prozent (1989) auf 26,3 Prozent (2004) gefallen, während die Beschäftigung im tertiären Sektor, den Dienstleistungen, von 45,1 Prozent (1989) auf 70,4 Prozent (2004) gestiegen war.[38] In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, dass die privaten Haushalte in Ostdeutschland, die noch 1989 nur dem Standard eines durchschnittlichen westdeutschen Haushalts zu Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre entsprachen, bereits Mitte der 1990er Jahre das westdeutsche Niveau von 1992 erreicht hatten. Das bedeutet einen Wohlfahrtssprung von 30 Jahren innerhalb von einem Jahrfünft!

---

36 Vgl. Schweres, Fehlfinanzierung Aufbau Ost, S. 408.

37 Vgl. Udo Ludwig, Mittel- und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland In: Wirtschaft im Wandel, 6 (2007), S. 210–218, hier 210.

38 Vgl. Udo Ludwig, Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland. In: DA, 38 (2005) 3, S. 410–416, hier 413.

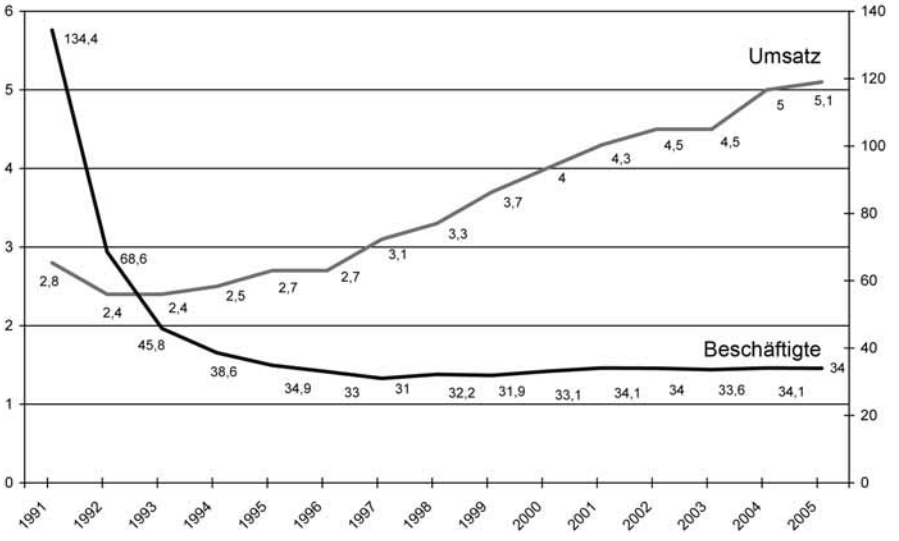
Greift man nur eines der vielen, gravierenden Defizite der DDR-Wirtschaft heraus, so wird rasch deutlich, mit welchen ökonomischen Problemen der Transitionsprozess von Anfang an behaftet und belastet war: Stichwort Arbeitsproduktivität. In der DDR ohnehin durchweg niedriger als in der Bundesrepublik, befand sich der SED-Staat im Jahr der Wende „auf einem Entwicklungsstand bei Produktion und Beschäftigung, wie er für die alte Bundesrepublik in den sechziger Jahren anzutreffen war.“[39] Entsprechend belief sich die Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft im Jahre 1983 nur noch auf 47 Prozent im Vergleich zur Bundesrepublik; zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war sie noch niedriger. De facto war die DDR-Wirtschaft bis zu ihrem Zusammenbruch nur noch in der künstlichen Abschottung des RGW überlebensfähig gewesen, gemessen an den Anforderungen einer globalen Konkurrenzwirtschaft war sie das schon seit längerem nicht mehr. Erschwerend kam hinzu, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ab 1991 auch ihr wichtigster Handelspartner wegfiel. Es verwundert daher nicht, dass nach der Wiedervereinigung und der Öffnung der internationalen Märkte in der Noch-DDR-Wirtschaft Beschäftigung und Produktionsausstoß der ostdeutschen Betriebe auf ca. ein Viertel des Standes vom Jahr 1989 gesunken waren. Die Mehrzahl von ihnen war nicht mehr in der Lage, „marktgängige Güter zu kostendeckenden Preisen“ auf einem globalen Markt anzubieten.[40]

Diese grundlegenden ökonomischen Defizite konnten mittel- und langfristig nur durch eine ordnungspolitische Kehrtwende – die Privatisierung – und den raschen Abbau von defizitären, industriellen Produktionsanlagen beseitigt werden.[41] Daraus resultierte allerdings unweigerlich ein ebenso rasanter Abbau von Arbeitsplätzen – mit sozialen und sozialpsychologischen Folgen bis hinein in die Gegenwart.

Doch die millionenfache Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen traf auf eine Gesellschaft, die darauf völlig unvorbereitet war. Denn bei allen Mängeln und Defiziten der Planwirtschaft in der DDR blieb eines immer sicher: Niemand verlor seinen Arbeitsplatz. Diese Arbeitsplatzsicherheit war in der ostdeutschen Gesellschaft tief verinnerlicht. Die völlige Veränderung der bisher gewohnten Beschäftigungsverhältnisse bedeutete daher auch meist einen massiven Umbruch von persönlichen Lebensverhältnissen. Hinzu kam, dass die nach 1990 einsetzenden außer- und innerbetrieblichen Umstrukturierungen der jahrelangen Propaganda der SED scheinbar Recht gaben: „Kommt der Kapitalismus, kommt die Arbeitslosigkeit.“ Die „Wahrheit“ dieser apodiktischen Feststellung erfüllte sich somit subjektiv für viele arbeitslos Gewordene. Dabei ist den vielen Betroffenen meist nicht bekannt, dass ihre Abwanderung auch eine Folge der in beiden deutschen Wirtschaften bereits vor 1989 bestehenden Beschäftigungs-

39 Vgl. ebd., S. 412.
40 Vgl. ebd., S. 414.
41 Vgl. Hans Luft, Die Treuhandanstalt. Deutsche Erfahrungen und Probleme bei der Transformation von Wirtschaftsordnungen. In: DA, 24 (1991) 12, S. 1270–1287.

Diagramm 4: Maschinenbau Sachsen. Umsatz (Mrd. Euro) / Beschäftigte



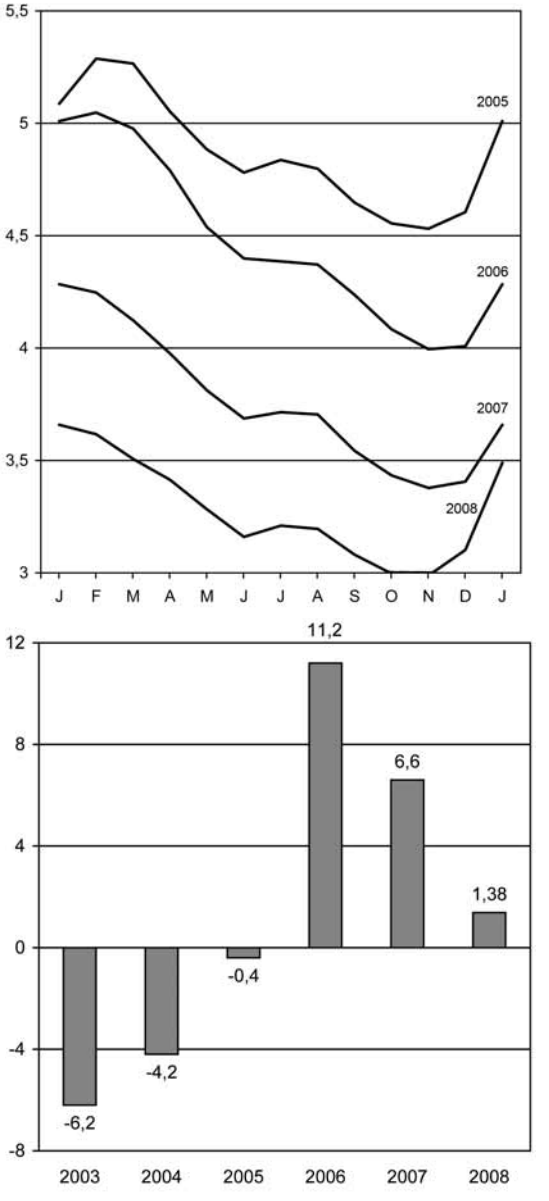
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

probleme war, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in differenten Formen: in der Bundesrepublik durch die seit Ende der 1970er Jahre sukzessiv steigende Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund des stetig ansteigenden Lohnniveaus; in der DDR eine systembedingte Beschäftigungskrise in Form „verdeckter Arbeitslosigkeit", wie sie in allen Planwirtschaften auftritt. Diese doppelte Belastung hat den unumgänglichen Transformationsprozess der DDR-Ökonomie in eine soziale Marktwirtschaft zweifellos erheblich erschwert.

In der Tat ist der in den neuen Bundesländern noch immer bestehende Mangel an Arbeitsplätzen der Hauptgrund für die massive Binnenwanderung, die sich seither von Ost- nach Westdeutschland ergeben hat und noch weiter ergibt. Vor allem jüngere Ostdeutsche haben ihre Städte und Dörfer verlassen und sind in jene westdeutsche Regionen oder in die Schweiz und Österreich abgewandert, die ihnen Arbeitsplätze anboten, nachdem sie in ihrer eigenen Heimat keine solchen mehr vorfanden oder zu wenige davon.

Allerdings zeigt sich nach fast zwei Jahrzehnten erstmals etwas Licht am Ende des Tunnels: Hatte die Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland im Februar 2005 ihren Höhepunkt mit 5,3 Millionen erreicht, so ist sie inzwischen (Stichdatum September 2008) auf ihren bisher niedrigsten Stand von 3,08 Millionen gefallen, wobei der Abbau der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sogar noch höher ausgefallen ist als in Westdeutschland: in der Veränderung zum Vorjahr eine Reduzierung um 1,9 Prozent im Unterschied zu den alten Bundesländern von

Diagramm 5: Zahl der Arbeitslosen (in Millionen); Haushaltsaldo der Bundesagentur für Arbeit (in Milliarden)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Der Finanzierungsfehlbetrag 2008 betrug 1,12 Milliarden Euro. Diese Zahl ist von einem Sondereffekt geprägt, der im Diagramm nicht berücksichtigt ist: Die Errichtung und finanzielle Erstausstattung eines Versorgungsfonds für die Pensionäre der BA zum Jahresbeginn 2008 erhöhte die Ausgaben um 2,5 Milliarden Euro.

0,9 Prozent. Insgesamt ist mit 7,3 Prozent der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren erreicht worden.[42]

Leider reicht das jedoch nach wie vor nicht aus, zumal die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern im Schnitt doppelt so hoch geblieben ist wie in den alten. Entsprechend ist Ostdeutschland weit davon entfernt, zu Westdeutschland aufzuschließen, wie der Jahresbericht 2007 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit ohne Beschönigung konstatiert.[43]

Zudem bedeutet die Ansiedlung hochmoderner Industrien keineswegs ein Allheilmittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen. So führte z. B. die völlige Modernisierung des traditionellen Chemiestandorts der DDR in den Landkreisen Merseburg-Querfurt und Bitterfeld – Stichwort „Leuna" – zwar zu international in jeder Hinsicht konkurrenzfähigen Arbeitsplätzen. Schon auf nationaler Ebene liegt z. B. der Umsatzzuwachs in den neuen Bundesländern mit 5,7 Prozent deutlich höher als in den alten mit 2,7 Prozent.[44] Diese hoch modernen Arbeitsplätze sind jedoch so stark rationalisiert und produktionseffizient, dass sie „die Freisetzung nicht mehr benötigten Personals nicht kompensieren" können.[45] Mit anderen Worten: Sie schaffen nur bedingt weitere Arbeitsplätze.

Ein eventuelles Hilfsmittel des Abbaus von sozioökonomischen Ungleichheiten kann möglicherweise in einer noch differenzierteren Förderung einzelner Regionen liegen, wozu auch der „Stadtumbau Ost" gehören dürfte.[46] Inwieweit das Erfolge zeitigt, bleibt allerdings abzuwarten. Letztlich stellt weiteres Wachstum nach wie vor den sichersten Garanten für die Schaffung von Arbeitsplätzen dar, auch und nicht zuletzt in den neuen Bundesländern. Das hängt aber wesentlich vom weiteren Verlauf der internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Konjunktur ab, über die sich gegenwärtig jedoch zunehmend der dunkle Schatten einer weltweiten Finanzkrise legt.

---

42 Vgl. Arbeitslosenzahl nähert sich der 3-Millionen-Marke. In: FAZ vom 1.10.2008, S. 13.

43 Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.), Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007, Berlin 2007.

44 Vgl. „Gefragt wie geschnitten Brot". Ostchemie sucht Arbeitskräfte. In: Leipziger Volkszeitung vom 8.7.2008, S. 6. Inzwischen hat sich die chemische Industrie mit rund 81 000 Beschäftigten zum drittgrößten Industriezweig in den neuen Bundesländern entwickelt.

45 Vgl. Alexander Kubis/Mirko Titze/Matthias Brachert, Leuchttürme und rote Laternen – Ostdeutsche Wachstumstypen 1996 bis 2005. In: Wirtschaft im Wandel, 4 (2008), S. 144–153, hier 145 f.

46 Siehe hierzu i. E. Claus Michelsen, „Stadtumbau Ost" in Sachsen: Differenzierter Einsatz der Aufwertungsförderung notwendig In: Wirtschaft im Wandel, 2 (2008), S. 62–71.